



Baden-Württemberg - Vorbild oder Schlusslicht beim Klimaschutz?

Der Baden-Württembergische Landtag hat heute der Novellierung des Klimaschutzgesetzes zugestimmt. Damit setzt sich Baden-Württemberg das Ziel bis 2030 mindestens 42% weniger Treibhausgase auszustoßen als 1990. Fridays for Future kritisiert die Zielsetzung als *“ambitionslos”* und die im Gesetz enthaltenen Maßnahmen gar als *“Pillepalle”*.

Mit der Zustimmung zur Novelle des Klimaschutzgesetzes hat der Landtag heute beschlossen, dass das Ländle bis 2030 42% weniger Treibhausgase austößen soll als 1990. Außerdem gilt mit dem Beschluss des Gesetzes unter anderem für die 102 größten Kommunen eine verpflichtende Wärmeplanung, alle Kommunen müssen ihren Energieverbrauch offen legen und bei Bauanträgen für Nichtwohn-Neubauten gilt ab 2022 eine Solarpflicht. Fridays for Future und andere Stimmen der Klimagerechtigkeitsbewegung sehen in diesen Maßnahmen aber lediglich „einen Tropfen auf dem heißen Stein“. Es sei nicht abzusehen, wie die Klimakrise mit diesem Gesetz eingedämmt werden könne.

Bereits vor einem Jahr hatte Fridays for Future Forderungen an die Landesregierung veröffentlicht und die Regierung damit aufgefordert die damals bereits bekannten Eckpunkte der Gesetzesnovelle deutlich nachzubessern. Davon sei laut Fridays for Future heute jedoch nichts zu erkennen. *“Die grün schwarze Landesregierung hat alle Ratschläge missachtet und heute ein Gesetz verabschiedet, dass unser aller Zukunft mit Füßen tritt”*, so Manuel Oestinger von Fridays for Future.

Das größte Versagen des Gesetzes sehen die jungen Klimaschützer*innen in der, aus ihrer Sicht, *“völlig unzureichenden”* Zielsetzung. Nach Berechnungen des Weltklimarates IPCC müsse es weltweit innerhalb der nächsten zehn Jahre klimaneutral zu werden, um die überlebenswichtige 1,5 Grad Grenze einzuhalten. Das neue Klimaschutzgesetz enthält jedoch überhaupt kein Ziel der Klimaneutralität auf Landesebene, sondern hält noch an einer 90%-igen Reduktion bis 2050 fest. Ein Zwischenziel wie die nun beschlossene Reduktion um 42% bis 2030 sei aus Sicht der Klimawissenschaft in keinsten Weise begründbar. Und auch im Hinblick auf die die EU- und Bundesrahmenbedingungen seien diese Ziele als *„unambitioniert“* zu werten. So werde Baden-Württemberg seine Ziele nachbessern müssen, sobald der Green Deal auf EU Ebene gelte und auch im Ländervergleich sei Baden-Württemberg damit eher Schlusslicht. So hat sich beispielsweise Bayern, mit einem vergleichbaren Bestand an Kohle- und Gaskraftwerken wie Baden-Württemberg, das Ziel gesetzt bis 2030 55% weniger Treibhausgase auszustoßen.

Aber auch die geplanten Maßnahmen kritisierte Fridays for Future heftig. *“Alle Maßnahmen im Gesetz sind ganz nett und es ist gut, dass sie kommen. Aber nach fünf Jahren Verhandlung Dinge wie eine Solarpflicht für Industrie- und Gewerbe als großen Wurf und vorbildlich zu feiern, wird der für uns Menschen existenziellen Klimakrise einfach nicht gerecht. Das klingt nicht nach Aufbruch, sondern nach dem immer gleichen Klein-Klein.”* fasst der Student Lukas Schmid von Fridays for Future die Maßnahmen zusammen. *“Was es braucht ist ein klares Bekenntnis zu 100 % erneuerbaren Energien in den nächsten zehn Jahren und keine weitere Pillepalle”*.